

«Ungleichbehandlung ist gerechtfertigt»

Im Zentrum des Coronatraktandums standen im Landtag unter anderem eine mögliche Exit-Strategie und – wieder einmal – die Impfung.

Valeska Blank

Das Traktandum heisst «Information der Regierung zur aktuellen Situation bezüglich Coronapandemie» – und es hat sich mittlerweile zum festen Bestandteil der Landtagssitzungen etabliert. Gestern nutzten die Abgeordneten wiederum die Gelegenheit, der Regierung und im Speziellen dem Gesundheitsminister im Rahmen des Traktandums zahlreiche Fragen zu stellen. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Antworten:

Wäre es nicht allmählich Zeit, die Coronamassnahmen aufzuheben?

«Sobald Präventionsmassnahmen nützen, wird ihr Sinn infrage gestellt», antwortete Gesundheitsminister Manuel Frick. Man sei aber in Hinblick auf die Entwicklung in den umliegenden Ländern noch weit entfernt vom «Flatten the curve»-Ziel (Abflachung der Kurve, Anm. d. Red.). Das Virus zirkuliere auch in Liechtenstein noch in hohem Mass in der Bevölkerung. «Nachdem die Impfquote unzureichend ist und die Delta-Variante deutlich ansteckender ist als die Variante, die letzten Winter kursierte, ist nach wie vor Vorsicht angebracht», warnte Frick. Die aktuellen Coronaregeln sind aus Sicht der Regierung verhältnis-

mässig und gerechtfertigt. Eine Aufhebung der Massnahmen zum jetzigen Zeitpunkt wäre verfrüht oder gar fahrlässig.

Und wann wird es endlich so weit sein?

Dazu äusserte sich Gesundheitsminister Frick klar: «Die Massnahmen können aufgehoben werden, sobald die Immunsierung der Gesellschaft so weit fortgeschritten ist, dass das Virus nicht mehr zirkulieren kann.» Zum Ausstieg aus der Pandemie brauche es eine breite Immunsierung. Diese wird entweder über die Impfung erreicht oder über die Genesung.

Ist es nicht kontraproduktiv, dass Covid-Tests jetzt kostenpflichtig sind?

Einige Abgeordnete äusserten die Befürchtung, dass sich jetzt weniger Personen im Land testen lassen, weil sie dafür selbst bezahlen müssen. Als Gefahr sieht dies der Gesundheitsminister nicht. Er wies darauf hin, dass PCR-Tests für Personen mit Symptomen in Liechtenstein weiterhin gratis sind. Zudem bestehe über Schul- und Betriebstests für einen grossen Teil der Bevölkerung weiterhin die Möglichkeit, sich regelmässig kostenlos testen zu lassen. «Die Kostenpflicht für Tests für symptomlose Personen bewirkt



Gesundheitsminister Manuel Frick musste sich wieder zahlreichen Fragen stellen. Bild: Tatjana Schnalzer

keine bessere Bewältigung der Pandemie – aber auch keine schlechtere.»

Werden wir uns in Zukunft jährlich gegen Corona impfen müssen?

Es gibt einige Epidemiologen, die davon ausgehen, dass eine Covid-Impfung genauso wie eine Grippeimpfung künftig jährlich – zumindest für gewisse

Gruppen – angeboten oder empfohlen wird. «Das heisst aber noch nicht unbedingt, dass eine jährliche Impfung nötig sein wird», so Frick. Es gebe neben der Grippe auch andere Infektionskrankheiten, die aufgrund guter Durchimpfungsraten kaum mehr auftreten – zum Beispiel Masern, Mumps, Röteln, Meningokokken oder Keuchhusten. Es sei wichtig, dass das Virus jetzt zurückge-

drängt wird und nicht mehr in hohem Masse zirkuliert. «Dann kann man mit diesem Virus leben.»

Wie ist der Vektorimpfstoff von Johnson & Johnson angekommen?

Die Nachfrage war bisher relativ gering. Liechtenstein hat 670 Impfdosen des Janssen-Vektorimpfstoffs erhalten, ver-

impft worden sind davon bisher 120. Die Impfdosen sind drei Monate haltbar. In der Impfungfrage des Liechtenstein-Instituts, deren Resultate kürzlich präsentiert wurden, hat ein Grossteil der impfkritischen Befragten angeführt, dass sie skeptisch gegenüber der mRNA-Technologie seien, aber nicht generell gegenüber der Impfung. «Mit Blick auf diese Aussage bin ich aber selbst skeptisch», merkte Frick an. «Wenn all diese Personen sich jetzt mit dem Vektorimpfstoff immunisieren hätten lassen, wäre unser Kontingent längst ausgeschöpft.»

Warum haben Geimpfte mehr Freiheiten?

Rund 95 Prozent der seit Juli in Liechtenstein Infizierten waren ungeimpft. Dem gegenüber stehen 31 Personen, die trotz kompletter Impfung einen positiven Coronatest erhalten haben. Geimpfte können das Virus bekommen und weitergeben – aber das sei sehr unwahrscheinlich, betonte Gesundheitsminister Frick. «Deshalb ist eine Ungleichbehandlung von Geimpften und Ungeimpften gerechtfertigt.» Dennoch seien alle aufgefordert – auch die Geimpften –, weiterhin vorsichtig zu sein. «Eine Impfung, die zu 100 Prozent vor einer Ansteckung schützt, gibt es nicht.»

Die Booster-Impfung kommt

Auch in Liechtenstein werden bald Booster-Impfungen verabreicht. Das kündigte Gesundheitsminister Manuel Frick in der gestrigen Landtagssitzung an. «Für gewisse Personen ist eine Nachimpfung empfehlenswert.» Für die Booster-Impfung sollen zunächst die

Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen in Liechtenstein und Personen, die über 80 Jahre alt sind, berücksichtigt werden. Letztere können die dritte Impfung ab Mitte November in einer der dezentralen Impfstellen in den Gemeinden erhalten. Auch Per-

sonen mit Immundefizit werden prioritär behandelt, sagte Frick. Ab dem nächsten Jahr können dann auch Personen ab 65 Jahren eine sogenannte Booster-Impfung erhalten. Die Impfquote im Land liegt aktuell bei 70 Prozent der Bevölkerung über 12 Jahren. (vb)

3G trifft Betriebe unterschiedlich

Seit dem 15. September gilt in der Liechtensteiner Gastronomie die 3G-Regel. Noch nicht klar ist, wie stark diese Massnahme die Betriebe bisher getroffen hat. Der FL-Abgeordnete Patrick Risch sprach gestern von massiven Umsatzeinbußen. «Das können wir für den

Monat Oktober so nicht bestätigen», erwiderte Wirtschaftsministerin Sabine Monauni. Wie stark 3G den Geschäftsgang in der Gastronomie beeinflusst, variiere von Betrieb zu Betrieb. «Das Bild ist nicht einheitlich – es gibt Betriebe, die keine Auswirkungen gespürt

haben, während andere sich sehr skeptisch äussern», so Monauni. Seit der Einführung der 3G-Regel wurden bisher über 60 Betriebe im Land auf deren Einhaltung kontrolliert. Für Härtefälle stehen weiterhin finanzielle Zuschüsse des Landes zur Verfügung. (vb)

Ermittlungen gegen einen Liechtensteiner Reichsbürger

Wegen des Verdachts auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung nahm die Staatsanwaltschaft Vorerhebungen auf.

Im Rahmen des «Corona-Informations-Traktandums» stellte der Abgeordnete Wendelin Lampert (FBP) der Regierung eine Frage, «die nur indirekt mit Corona zu tun hat», wie der Abgeordnete einräumte. Lampert wollte wissen, wie die Regierung die Situation rund um Staatsverweigerer und Reichsbürger in Liechtenstein einschätze.

Hintergrund dieser Anfrage ist, dass die Landespolizei am 23. September im Rahmen der behördlichen Schliessung des Restaurants Rössle eine bekannte Persönlichkeit verhaftete: Carl-Peter Hofmann. Der 61-jährige Deutsche gilt als Gründer des Pseudogerichts «Global Court of the Common Law» – kurz GCCL. Diese Bewegung soll Teil der Staatsver-

weigerer- bzw. Reichsbürger-Szene sein. Wenige Tage, bevor Hofmann von der Landespolizei verhaftet wurde, kursierten in den Chat-Gruppen von Gegnern der Coronamassnahmen Einladungen zu einem Treffen des GCCL Liechtenstein.

GCCL-Treffen war strafrechtlich nicht relevant

Innenministerin Sabine Monauni bestätigte gegenüber dem Abgeordneten Lampert, dass der Landespolizei diese Versammlung des GCCL Liechtenstein bekannt war. Aber «die Art der Versammlung hat den Tatbestand der staatsfeindlichen Bewegung nicht erfüllt und war deshalb strafrechtlich nicht relevant.»

Allerdings: Die Hintergründe der Anwesenheit vom Carl-



Innenministerin Monauni bestätigt, dass gegen eine Person Vorerhebungen laufen. Bild: Tatjana Schnalzer

Peter Hofmann im Fürstentum haben laut der Innenministerin zu Vorerhebungen gegen einen im Land wohnhaften Liechtensteiner Staatsbürger geführt. Grund: Verdacht auf Betätigung in einer staatsfeindlichen Bewegung. Näher ging Monauni auf den Fall nicht ein. «Da es sich um laufende Ermittlungen im Auftrag der Staatsanwaltschaft handelt, können dazu keine weiteren Auskünfte erteilt werden.»

Drei Personen mit Reichsbürger-Kontakten

Der Landespolizei seien zudem bereits drei in Liechtenstein wohnhafte Personen bekannt gewesen, die Kontakte zu Reichsbürger-Bewegungen im Ausland unterhielten. In Liechtenstein selbst seien diese Per-

sonen jedoch nicht polizeilich auffällig geworden.

Der GCCL-Gründer Carl-Peter Hofmann stand am Dienstag in Liechtenstein vor Gericht. Denn Österreich hat den 61-jährigen international zur Verhaftung ausgeschrieben. Gesucht wird er wegen einer Reihe von Verbrechen: Gründung einer staatsfeindlichen Bewegung, schwerer gewerbmässiger Betrug und Anstiftung zum Missbrauch der Amtsgewalt. Vor zwei Tagen stimmte nun das Obergericht der Auslieferung Hofmanns nach Österreich zu. Der Deutsche hat aber die Möglichkeit, gegen das Urteil Berufung einzulegen und vor den obersten Gerichtshof zu ziehen.

Elias Quaderer